

DIE GKS TRIFFT WOLFGANG THIERSE

„DER STREIT WIRD AGGRESSIVER“

Interview Nadin Schley

Herr Thierse, am 27. Februar 2022 rief der Bundeskanzler Olaf Scholz die Zeitenwende aus, die auf uns zukäme. Er verkündete, dass die Politik unter seiner Leitung hierzu reagieren würde. Wie beurteilen Sie die Umsetzung bisher?

Die Zeitenwende hat mehr als eine militärische Dimension. Es geht um die Bewältigung von gleichzeitigen Krisen und dramatischen Veränderungsnotwendigkeiten. Ich nenne nur die Kriege, die Migrationsbewegungen, mit den ihnen folgenden Integrationsproblemen, die weitere Pluralisierung unserer Gesellschaft mit ihren Konflikten, die digitale Transformation und die KI mit ihren heftigen Auswirkungen auf die Art unserer Produktion und Kommunikation. Und ich nenne vor allem den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft um des globalen Überlebens willen. Diese komplexen Herausforderungen erfordern von der gesamten Gesellschaft erhebliche Anstrengungen und auch Opfer. Es ist unvermeidlich, dass ein solch radikaler Wandel nicht ohne Schmerzen und ohne politischen Streit abläuft. Diese Transformationen können nur Schritt für Schritt erfolgen und wir befinden uns inmitten dieses Prozesses.

Sowohl in der politischen Analyse als auch in weiten Teilen der Bevölkerung wird davon gesprochen, dass es eine tiefe Spaltung in der Gesellschaft gibt. Teilen Sie diesen Eindruck?

Es ist unübersehbar, dass wir Spaltungen in der Gesellschaft erleben. Die Stimmung wird aggressiver, Demokratieskepsis und -feindschaft werden lauter, und die AfD ist ein Symptom und ein aktiver Teil dieser politischen Spaltung. Das alles ist offensichtlich.

Kann unsere Demokratie diese gesellschaftlichen Herausforderungen überhaupt lösen?

Jetzt wird sich offenbaren, ob die deutsche Demokratie lediglich eine "Schönwetterdemokratie" ist. Denn erinnern wir uns: Es war das wirtschaftliche Wachstum und die

Steigerung des Wohlstands, die in den vergangenen Jahrzehnten das Fundament der deutschen Demokratie bildeten. Was passiert nun mit einer Demokratie, wenn das selbstverständliche wirtschaftliche Wachstum und die selbstverständlich gewordene Mehrung des Wohlstands nicht länger die Realität sind? Die Verteilungskonflikte werden härter, was wir gegenwärtig erleben. Auch der Streit wird aggressiver. Die Frage danach, was unser Land und unsere Gesellschaft zusammenhält, rückt stärker in den Vordergrund. Wir befinden uns mitten in dieser Phase.

Welche Faktoren sind Ihrer Meinung nach die wichtigsten für den Zusammenhalt einer Gesellschaft?

Je vielfältiger unsere Gesellschaft wird, umso mehr müssen wir uns darum bemühen, das Gemeinsame und Verbindende zu stärken. Das sind zunächst und vor allem unsere Verfassung und die sie tragenden Grundwerte. Weiterhin ist es die Anstrengung zur gerechten Verteilung von Lasten und Pflichten, von Chancen und Vorzügen dieser Gesellschaft – also die Erfahrung von Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit ist auch etwas, was eine Gesellschaft zusammenhält oder sprengen kann. Es geht darum, uns immer wieder neu zu verständigen, was uns eigentlich miteinander verbindet, welche Vorstellung von Freiheit, Solidarität, Toleranz und Menschenwürde wir haben. Diese Verständigung untereinander ist eine Aufgabe der kulturellen Kräfte unserer Gesellschaft und insbesondere auch eine Aufgabe von Religionsgemeinschaften und Kirchen.

Ein häufig zu hörender Satz in Gesprächen zur politischen Lage ist, dass man in Deutschland ja heute ohnehin nicht mehr sagen dürfe, was man denkt. Teilen Sie diese Ansicht?

Das halte ich für einen fatalen Irrtum. Das ist eine böswillige Behauptung. Man muss nur wissen, dass Demokratie ihrem inneren Wesen nach friedlichen Streit nach Regeln der Fairness bedeutet. Wir leben doch in einem Land, in dem nicht alle einer Meinung sind. Die unterschiedlichen Meinungen und Interessen sollen zum Zuge kommen. Wenn man sich äußert, dann bedeutet das auch, dass man Widerspruch und Kritik erhält. Das muss man ertragen, weil es Teil der Demokratie ist. Ein Bestandteil der Demokratie ist friedlicher Streit.

Sind wir Deutschen zu harmoniesüchtig für eine Demokratie?

Verständlicherweise gibt es das Bedürfnis nach Harmonie, nach Gemeinschaftlichkeit, nach menschlichen Verbindungen. Diese Bedürfnisse sollen vernünftigerweise in der Familie, in der Gesellschaft befriedigt werden. Die Politik ist nicht die Sphäre der Harmonie, sondern die Sphäre des Austragens unterschiedlicher Meinungen mit dem Ziel, die besten Lösungen zu finden oder wenigstens Kompromisse zu erreichen.

Derzeit gehen Hunderttausende Menschen seit vielen Wochen auf die Straße, um gegen einen erstarkenden, meist rechts geprägten Extremismus in der Öffentlichkeit und in der Politik zu protestieren. Bringen diese Proteste die Menschen näher zusammen? Was glauben Sie?

Es wird deutlich, dass die Mitte der Gesellschaft nicht schweigt. Es zeigt sich, dass eine Mehrheit der Gesellschaft bereit ist, für die Demokratie auf die Straße zu gehen und Gesicht zu zeigen, die Öffentlichkeit, Straßen und Plätze nicht den Demokratiefreunden und den Rechtsextremen zu überlassen. Ich halte das für ein sehr erfreuliches Signal und eine sehr erfreuliche Entwicklung, die zeigt, dass unsere Demokratie lebendig ist.

Welche Folgen hat die Überzeugung, man dürfe in Deutschland heutzutage sowieso nichts mehr sagen für eine Gesellschaft und eine Demokratie?

Diejenigen, die diesen Vorwurf erheben, hegen vielleicht Sympathie für die AfD, eine Partei, die so frei ist, alles zu



Foto: Deutscher Bundestag

Wolfgang Thierse ist eine der prominentesten Stimmen der deutschen Politik. Dass er im Zuge der Wende 1989/90 Politiker geworden ist, wundert den studierten Kulturwissenschaftler noch Jahre später: „Das sind revolutionäre Umstände, da wird man regelrecht nach oben geschleudert“, sagte er einmal.

sagen, minderheiten- und ausländerfeindliche Gemeinheiten, Attacken auf unsere Demokratie, herabwürdigende Angriffe auf demokratische Politiker. Diese Partei hat die Stimmung im Bundestag und in den anderen Parlamenten verändert, hat die Stimmung aggressiver gemacht und schreckt vor persönlichen Beleidigungen nicht zurück. Und ausgerechnet diese Partei sagt dann, man dürfe in diesem Land nicht alles sagen? Das ist ein Widerspruch.

Diesen Widerspruch verstehen aber nicht alle Menschen in unserer Gesellschaft.

Wenn es Leute gibt, die den Eindruck haben, dass ihre Meinung in der Öffentlichkeit nicht ausreichend vertreten wird, meinen sie möglicherweise das Fernsehen und den Rundfunk. Die Öffentlichkeit besteht jedoch nicht nur aus Fernsehen, Rundfunk und den immer weniger gelesenen Zeitungen, sondern auch aus den sozialen Medien. In diesen Medien wird alles gesagt. Sie sind zu Echoräumen für Vorurteile und Radikalisierungen geworden und verschärfen den Diskurs. Dies ist ein Teil unseres Problems: Die Kommunikation wird zunehmend gespaltener, auch aufgrund der sozialen Medien. Man kann sich ganz in seinen eigenen Meinungen, Überzeugungen und Urteilen verlieren und diese zu Vorurteilen verfestigen. Angesichts der medialen Zersplitterung, mit der wir es zu tun haben, ist all dies in unserer Gesellschaft möglich. Das stellt eine Herausforderung für die Demokratie dar, da Demokratie auch davon lebt, dass die unterschiedlichsten Teile der Gesellschaft in der Lage sind, sich über gemeinsame Probleme, Problemlösungen und die Realität zu verständigen. Genau diese Verständigung wird jedoch immer schwieriger. Das ist ein Teil der gegenwärtigen Herausforderung, mit der wir konfrontiert sind.

Wie stehen Sie zum Verbot der AfD?

Wenn der Verfassungsschutz feststellt, dass eine Reihe von Landesverbänden rechtsextrem ist und insgesamt die Partei unter solch einem Verdacht steht, darf man das nicht achselzuckend hinnehmen. Aber es ist natürlich eine pragmatische Frage, wann und ob man einen Verbandsantrag stellt. Für ein solches Verbot gibt es hohe Hürden, doch man sollte das Verbot nicht ausschließen. Ich kann keine politische Vernunft darin sehen, den Verbandsantrag auszuschließen. Ich sage aber ausdrücklich, man muss genau überlegen, ob und wann man diesen Antrag stellt. Aber als Damoklesschwert kann und soll er doch über der AfD schweben. ■